

CLAUDIA GATZKA / ANJA KRÜKE

Repräsentation und Partizipation – ein Spannungsfeld der Demokratiegeschichte

Einleitung

Moderne Demokratien kennzeichnet eine grundlegende Spannung: Sie versprechen einerseits, durch größtmögliche politische und soziale Teilhabe die Herrschaft »des Volkes«, also die Selbstregierung der Vielen zu realisieren, und gründen darauf ihre Legitimität. Andererseits kommen sie nicht umhin, die Herrschaft der Vielen an Repräsentierende zu delegieren: Ohne diese Delegation politischer Entscheidungsmacht an Wenige lassen sich große Sozialverbände oder gar moderne Flächenstaaten nicht regieren. In den Genuss souveräner Macht kommen die Vielen dann praktisch nur bei der Wahl ihrer Vertreter:innen, und auch deshalb stehen Wahlen immer wieder im Fokus demokratischer Politik und politischer Wissenschaft. Nur wenige demokratisch regierte Staaten haben eine systematische Ermächtigung der Wählenden über die Bestellung politischer Repräsentant:innen hinaus institutionalisiert; die Schweiz ist dafür das prominenteste Beispiel. Doch die verfassungsmäßige Beteiligung der Schweizer:innen an Abstimmungen (und der damit verbundenen Deliberation) über politische Sachfragen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich auch hier das Repräsentativsystem durchgesetzt hat, mit Parteien, Wahlkämpfen und gewählten Abgeordneten.¹

Dennoch ist eine gewisse Sehnsucht nach direkterer Beteiligung seit einigen Jahren deutlich spürbar. Das derzeit in mehreren Staaten sowie auf sub- und supranationaler Ebene laufende Experiment der (beratenden) Bürgerräte ist ein aktueller Versuch, das Spannungsverhältnis von Partizipation und Repräsentation in der liberalen und sozialen Demokratie zu moderieren. Darüber hinaus stellen außerparlamentarische Akteure seit einiger Zeit die Frage, wer eigentlich durch wen repräsentiert wird beziehungsweise wie es um die »Repräsentanz« gewisser sozialer Gruppen bestellt ist. Älter, aber zugleich von neuer Aktualität ist die Klage über den ungleichen Zugang zur Macht in der repräsentativen Demokratie; neu ist die Beobachtung einer ausgeprägten, aber ohne institutionelle Wirkungen verpuffenden Hyperpolitisierung in den sozialen Medien.² Der deutlich artikulierten und reflektierten Zweifel, ob die politischen Institutionen tatsächlich abbilden und damit

1 Vgl. nur *Zoé Kergomard*, *Wahlen ohne Kampf? Schweizer Parteien auf Stimmenfang, 1947–1983*, Basel 2020. Der Schweizer Fall ist dennoch aufgrund seiner Spezifik ein besonders faszinierendes Feld für demokratie- und repräsentationstheoretische Diskussionen, vgl. *Hans-Peter Schaub*, *Landsgemeinde oder Urne – was ist demokratischer? Urnen- und Versammlungsdemokratie in der Schweiz*, Baden-Baden 2016.

2 *Stephan Lessenich*, *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem*, Ditzingen/Stuttgart 2019; *Anton Jäger*, *Hyperpolitik. Extreme Politisierung ohne politische Folgen*, Berlin 2023.

auch erfassen können, was »die« Gesellschaft in ihrer Breite ausmacht, nagt an der Legitimität der liberalen Demokratie.³

Kernbaustein dieser Ordnung sind, neben den Wahlen und dem freien Mandat von Abgeordneten, auch die politischen Parteien. Als Transmissionsriemen zwischen sozialer Lebenswelt und Staat gewachsen, erwarben sie sich im 20. Jahrhundert den Ruf, ein effektives Medium politischer Willensbildung und damit auch der Repräsentation der Wählerschaft zu sein.⁴ Dass Parteien im 20. Jahrhundert mehr und mehr als Sprachrohre der Wählenden anerkannt wurden, aber diese Erwartung aus Sicht der Repräsentierten nicht immer und mutmaßlich immer weniger einlösen können, ist ein wesentlicher Faktor für die »Krise« der Repräsentation, die vor einiger Zeit von aufmerksamen Zeitdiagnostikern ausgerufen worden ist. Sie lässt sich nicht ausschließlich, aber doch in vieler Hinsicht auch als eine Krise der Parteien lesen.⁵ Die anhaltende Professionalisierung der »politischen Klasse« und der Parteiorganisationen, aber auch die Anforderungen des parlamentarischen Politikbetriebs und die innerparteilichen Auseinandersetzungen um Macht und Einfluss bedingen offenkundig eine soziologische Homogenisierung der gewählten Repräsentant:innen. Sie sind immer häufiger Jurist:innen oder Lehrer:innen und immer seltener Handwerker oder Hausfrauen, haben immer häufiger die »Ochsentour« durch die Jugendverbände absolviert und steigen immer seltener spät, nach einer erfolgreichen Berufskarriere, in die Politik ein.⁶ Wer das tut, gründet eher seine eigene Partei und formuliert mithin sein eigenes Repräsentationsangebot, womit seit den 1990er-Jahren häufig auch ein neuer politischer Stil, starke Parteiführer und relativ schwache Parteiorganisationen einhergehen.⁷

Die Krise der Parteien als Repräsentationsorgane lässt sich also nicht als Erfindung der Rechtspopulisten abtun, auch wenn diese sich darauf verstehen, sie auszuschlachten und zu verstärken. Sie zeichnete sich seit den 1980er-Jahren diskursiv ab, und sie begleitete auch zuvor in zyklischer Form die Geschichte der Demokratie. Es ist eine Schwäche der journalistischen und politikwissenschaftlichen Zeitdiagno-

3 Für ein Panorama der Diskussion vgl. die Sammlung einschlägiger APuZ-Beiträge in Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Repräsentation – Identität – Beteiligung*. Zum Zustand und Wandel der Demokratie, Bonn 2022.

4 Vgl. *Elmar E. Schattschneider*, *Party Government*, New York 1942; *Giovanni Sartori*, *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*, Cambridge/New York etc. 1976; *Russell J. Dalton*, *Political Parties and Political Representation*, in: *Comparative Political Studies* 17, 1985, S. 267–299; *Andrea Römmele*, *Direkte Kommunikation zwischen Parteien und Wählern. Professionalisierte Wahlkampftechnologien in den USA und in der BRD*, Wiesbaden 2005.

5 *Philip Manow*, (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, Berlin 2020, S. 57.

6 Vgl. *Thomas Leif/Hans-Josef Legrand/Ansgar Klein*, *Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand*, Bonn/Berlin 1992; *Klaus von Beyme*, *Die politische Klasse im Parteienstaat*, Frankfurt am Main 1995 (zuerst 1993), S. 105–131; *Armin Schäfer/Michael Zürn*, *Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus*, Berlin 2021, S. 89–129; *Andreu Paneque*, *Are They One of Us? The Effect of Political Professionalization on the Political Elite's Social Closure and the Principal-Agent Problems, 1978–2019*, in: *Parliaments, Estates and Representation* 42, 2022, S. 298–323.

7 Vgl. etwa *Duncan McDonnell*, *Silvio Berlusconi's Personal Parties: From Forza Italia to the Popolo Della Libertà*, in: *Political Studies* 61, 2013, S. 217–233; *Marco Lisi*, *Do Populists Practise What They Preach? Intra-Party Democracy in Populist Parties*, in: *International Political Science Review* 46, 2025, S. 200–218.

sen, die Novität der aktuellen Repräsentationskrise überzubetonen. Vielmehr war Repräsentation, so unsere erkenntnisleitende Hypothese, im Zeitalter moderner Demokratie latent fragil, offen und anfechtbar. Ihr Gelingen und ihre Plausibilität waren abhängig von konkreten Partizipationsverständnissen, und so wie diese sich historisch wandeln konnten, konnten sich auch Vorstellungen ›guter‹ Repräsentation verändern. Der vorliegende Band adressiert das Verhältnis zwischen Repräsentation und Partizipation als ein grundlegendes Spannungsverhältnis der Demokratiegeschichte. Im Folgenden schlagen wir erste Schnitten in ein noch kaum beackertes Feld und diskutieren dabei, unter welchen Bedingungen Repräsentation und Partizipation besonders deutlich in Spannung zueinander traten und wann sie wiederum stärker in Komplementarität zueinander gedacht werden müssen.

I. Repräsentation – ein unterschätztes Thema der Demokratiegeschichte

Das Spannungsverhältnis von Partizipation und Repräsentation und die darin aufgehobenen Probleme von Autonomie und Heteronomie, von Vertrauen und Misstrauen, sind in der jüngeren Demokratiegeschichte eher implizit behandelt worden. Stehen hier einerseits Semantiken und Praktiken von »Demokratie« im Fokus, so interessiert sich die Forschung zum anderen vor allem für Partizipation und die »Inklusion« breiterer Bevölkerungsteile in den Nationalstaat, etwa durch liberale und soziale Reformen.⁸ Implizit ist Repräsentation in Partizipationsgeschichten aufgehoben, wenn sie in ihrem klassischen Verständnis als verfassungshistorische Repräsentation begriffen wird. Repräsentation meint dann »politische Partizipation und Interessenvertretung in überkommenen und umstrittenen Regelsystemen« oder, noch einfacher, *Partizipation durch Wahlen*.⁹ Dieses Verständnis von Repräsentation, kondensiert in der bekannten Losung der Boston Tea Party: »no taxation without representation«, steht zwar tatsächlich am Beginn der modernen Demokratiegeschichte. Doch für die zeitgenössische Auseinandersetzung mit Demokratie ist der Repräsentationsbegriff erst seit den 1960er-Jahren zentral geworden.¹⁰ Seither neigte die Forschung in verschiedenen Disziplinen dazu, politische Repräsentation, Demokratie und Partizipation ineinander aufgehen zu lassen. Wenn es 1980 in einer einschlägigen Untersuchung über Westdeutschland hieß, *political representation* sei »based on the consent of the governed; free, periodic, competitive elections;

8 Vgl. Martin Conway, *Western Europe's Democratic Age. 1945–1968*, Princeton 2020; Till van Rahden, *Demokratie. Eine gefährdete Lebensform*, Frankfurt am Main/New York 2019; Hedwig Richter, *Demokratie – eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2020; Jan-Werner Müller, *Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert*, Berlin 2013. Zur Demokratiegeschichte vgl. auch Afs 58 (2018) mit dem Rahmenthema »Demokratie praktizieren. Arenen, Prozesse und Umbrüche politischer Partizipation in Westeuropa im 19. und 20. Jahrhundert«.

9 Bernd Weisbrod, *Die Politik der Repräsentation. Das Erbe des Ersten Weltkrieges und der Formwandel der Politik in Europa*, in: Hans Mommsen (Hrsg.), *Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik*, Köln/Weimar etc. 2000, S. 13–42, hier: S. 14.

10 Hanna Fenichel Pitkin, *The Concept of Representation*, Berkeley/Los Angeles etc. 1972 (zuerst 1967), S. 2.

and the responsiveness and accountability of the representatives«, so handelte es sich um eine Definition, die austauschbar war mit den bald gängig werdenden Demokratiedefinitionen.¹¹

Wer Repräsentation als Partizipation und Demokratie als Repräsentation definiert, wird allen Demokratiegeschichten über Wahlpraxis und Wahlrechtserweiterungen repräsentationsgeschichtliche Aspekte abgewinnen können.¹² Der Ansatz des vorliegenden Bandes ist allerdings ein anderer. Er geht davon aus, dass viele Probleme der Demokratiegeschichte erst beginnen, wenn die klassische Form von Repräsentation erfüllt ist. Demokratie zeichnet sich unserer Ansicht nach nicht allein dadurch aus, dass gewählt, repräsentiert und abgewählt wird. Interessanter und kennzeichnender für das Zeitalter der modernen Demokratie erscheint uns, dass zum Streitpunkt werden kann, wer aus welchen Gründen gut und wer schlecht repräsentiert (ist), wie zwischen Regierenden und Regierten Konsens gestiftet wird und inwiefern politische Repräsentant:innen ihren Wähler:innen wirklich verantwortlich sind. Damit zielen wir auf eine Geschichte der Praktiken, Wahrnehmungen und Konflikte um politische Repräsentation, die stets in Relation standen zum demokratischen Versprechen auf Partizipation.

Ausgangspunkt unseres Ansatzes ist ein Repräsentationsbegriff, der nicht in *representative government* aufgeht, sondern breiter angelegt ist: Er meint zunächst einmal das Sichtbarmachen eines anderen, der oder das nicht gegenwärtig ist.¹³ Dieser weite Zugriff erfasst nicht nur die abstrakte Repräsentation durch politische Teilhaberechte, sondern auch personell und symbolisch gebundene Formen der Repräsentation (Monarchen, Präsidenten, Bundeskanzlerinnen, Abgeordnete, Parteiführer, aber auch Konzepte wie »Masse« oder Tortendiagramme), die dann in spezifische Wechselwirkungen mit Vorstellungen und Praktiken von politischer Partizipation treten konnten.¹⁴ Die Bedeutungsdimensionen von Repräsentation, die wir adressieren wollen, hat die politische Philosophin Hanna Pitkin in einer bis heute maßgeblichen Betrachtung 1967 herauspräpariert: erstens die performative (wer repräsentiert wieso gut und verantwortlich?), zweitens die deskriptive (wer ist wie gut repräsentiert?) und drittens die symbolische (wodurch, womit oder worin kommt Repräsentation zum Ausdruck?).

Gerade mit Blick auf symbolische Repräsentationsformen lässt sich auf Forschungen zur Vormoderne und zur Kulturgeschichte der Herrschaftsrepräsentation aufbauen. Allerdings neigen diese Arbeiten mit ihrem Fokus auf vormoderne Verfassungsordnungen oder konstitutionelle Monarchien dazu, die Repräsentierten auf die Rolle symbolisch Teilnehmender zu reduzieren. Die von Herrschaft »Betroffenen« seien demnach für Herrschafts- und symbolische Repräsentationen des Poli-

11 Barbara G. Farah, *Political Representation in West Germany. The Institution and Maintenance of Mass-Elite Linkages*, Dissertation, Ann Arbor 1980, S. 1f.

12 Hedwig Richter/Kerstin Wolff (Hrsg.), *Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa*, Hamburg 2018; Margaret Lavinia Anderson, *Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich*, Stuttgart 2009.

13 Pitkin, *The Concept of Representation*, S. 2 und 144.

14 Paula Diehl (Hrsg.), *Politische Repräsentation und das Symbolische. Historische, politische und soziologische Perspektiven*, Wiesbaden 2016; dies., *Das Symbolische, das Imaginäre und die Demokratie. Eine Theorie politischer Repräsentation*, Baden-Baden 2015.

tischen ko-konstitutiv, weil sie an der »Verbindlichkeitserzeugung für hergestellte oder herzustellende Entscheidungen« oder »als Organisatoren, Protagonisten und Publikum an der Herrschaftsdarstellung mitwirken«.¹⁵ Schon in der Vormoderne waren die Untertanen jedoch nicht nur symbolisch in Herrschaftsrepräsentation einbezogen, sondern konnten sich der darin vollzogenen Herrschaftslegitimation auch entziehen, etwa indem sie sich weigerten, den Huldigungseid zu vollziehen – um so der Wehrpflicht zu entgehen.¹⁶ Eigensinnige Formen der Teilhabe an Herrschaftsrepräsentation, in aller Regel auf Gemeindeebene organisiert, dienten zudem um 1800 auch der Artikulation spezifischer Bedürfnisse gegenüber dem Monarchen oder Fürsten.¹⁷

Demokratische Regierungsformen oder Schübe von Demokratisierungsansprüchen zeichneten sich dann in akzentuierter Weise dadurch aus, dass Repräsentierendes und Repräsentiertes tendenziell auseinandertraten. Staatsbürger:innen wollten nicht mehr stillschweigend oder passiv Teil der repräsentierten politischen Einheit sein; auch verbreitete sich die Praxis, an der Qualität der Repräsentationsbeziehung Anstoß zu nehmen. Wir begreifen die Demokratiegeschichte seit dem 19. Jahrhundert deshalb als Epoche potenziell fragiler, offener und damit anfechtbarer *Vertretung* und fragen vor diesem Hintergrund, wie und wodurch personale und symbolische Repräsentationsbeziehungen hergestellt, infrage gestellt und stabilisiert werden konnten. Überdies interessieren wir uns für die damit verbundene Ausbreitung pluraler und alternativer Repräsentationen im Sinne von *Darstellungen* des Politischen, des Gemeinwesens oder des »Volkes«, die auf unterschiedlichen Ebenen wirksam werden konnten. Dabei nehmen wir an, dass diese Darstellungen dessen, was politisch vertreten werden sollte, immer auch Herstellungen dessen waren, was sie abzubilden vorgaben. Zu fragen wäre, wie diese Repräsentationen politischer Einheiten (zum Beispiel die Gemeinde, die Parteianhänger:innen, das Proletariat, die Nation oder das Empire) bestimmte Vorstellungen von Partizipation begünstigten und andere behinderten.

Zugleich aber postulieren wir nicht einfach die Mitwirkung der Vertretenen an den Repräsentationen (ihrer selbst), sondern betonen ihre aktiven Möglichkeiten, sich zu diesen Formen des Vertretens und Darstellens zu verhalten – vom Feedback (zum Beispiel per Bürgerbrief, Eingabe, Gravamina) über die Anfechtung (zum Beispiel Protest) bis hin zum Ausstieg aus dem Repräsentationszusammenhang (zum Beispiel Exil, »innere Emigration«, Bildung alternativer repräsentativer Organe).¹⁸

15 Alexa Geisthövel, Wilhelm I. am »historischen Eckfenster«: Zur Sichtbarkeit des Monarchen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Jan Andres/dies./Matthias Schwengelbeck (Hrsg.), Die Sinnlichkeit der Macht. Herrschaft und Repräsentation seit der Frühen Neuzeit, Frankfurt am Main/New York 2005, S. 163–185, hier: S. 165.

16 Vgl. André Holenstein, Die Huldigung der Untertanen. Rechtskultur und Herrschaftsordnung (800–1800), Stuttgart/New York 1991.

17 Hubertus Büschel, Die sanfte Macht der Machtlosen – Rituale, Glückwünsche und Geschenke: Preußens Untertanen und ihre Könige um 1800, in: Historische Anthropologie 15, 2007, S. 82–102; ders., Untertanenliebe. Der Kult um deutsche Monarchen 1770–1830, Göttingen 2006. Vgl. auch John M. Golby/Bill Purdue, The Monarchy and the British People, 1760 to the Present, London 1988.

18 Zur Möglichkeit des Feedbacks vgl. Claudia Christiane Gatzka, Feedback von der Peripherie der Demokratie. Bürgerbriefe und politische Repräsentation in der Bundesrepublik, 1949–1980, in:

Die Repräsentationsbeziehung erschöpft sich mithin nicht in symbolischer Teilhabe, auch wenn dies in der konstitutionellen und auch noch in der parlamentarischen Monarchie ein wichtiger Aspekt politischer Repräsentation sein konnte.¹⁹ In Systemen, die sich demokratisch legitimieren, kann symbolische Repräsentation ebenfalls eine wichtige Funktion erfüllen, doch drängt sich in diesen Systemen regelmäßig die Notwendigkeit auf, Repräsentation performativ abzusichern und zu legitimieren. Im Akt der Wahl sollen Repräsentation und Partizipation in der modernen liberalen Demokratie eine sinnstiftende Einheit bilden, auf die demokratische Verfahren und Institutionen ihre Legitimation stützen. Doch das Verhältnis dieser beiden Kernelemente demokratischer Herrschaft zueinander ist komplizierter, wie der vorliegende Band exploriert.

Was das Handeln im Namen eines anderen, also die performative oder »substanzielle« Dimension von Repräsentation, bedeuten kann, hat Hanna Pitkin in erster Linie interessiert. Deskriptive und symbolische Repräsentation war für sie weniger interessant, weil es hier nur um die akkurate Abbildung der Eigenschaften und (zugeschriebenen) Interessen des Nichtpräsenten beziehungsweise dessen ästhetische Vergegenwärtigung ging. Mit der performativen Repräsentation verband sich für Pitkin stattdessen die entscheidende Frage danach, was Repräsentation als Praxis eigentlich konstituiert. Das bedeutete für sie, zu fragen, welche Handlungserwartungen, Pflichten und Grenzen mit Repräsentation verbunden sein sollen, was also einen »guten« Repräsentanten *qua seiner Handlungen* ausmacht.²⁰ Dabei war ihre zentrale Hypothese, dass Repräsentant:innen *anders* handeln, als wenn sie nicht jemanden anderen repräsentieren würden. Pitkin argumentierte, dass das Bewusstsein, für jemanden anderen zu handeln, für den Repräsentanten bestimmte ethische Begrenzungen seiner Autonomie mit sich bringt, vor allem weil er so handeln muss, als würde er für sein Handeln von jenen, die er vertritt, zur Rechenschaft gezogen. Seine Handlungen können deshalb als »vernünftiger« und verantwortungsbewusster gelten, als wenn er nur für sich selbst handeln würde. Zugleich muss ein Repräsentant laut Pitkin aber nicht so handeln, wie er meint, dass die Repräsentierten handeln würden, darf sich also nicht einfach als Delegierter mit imperativem Mandat verstehen. Vielmehr muss er, so Pitkin, über eine gewisse Handlungsautonomie verfügen, um überhaupt für seine Handlungen verantwortlich gemacht werden zu können – ein Grundgedanke, der auch heute noch Theorie und Praxis repräsentativer Demokratie anleitet. Die Interessen und Wünsche der Repräsentierten müssen latent gegenwärtig und potenziell relevant sein, doch dürfen diese das Handeln des Repräsentierenden nicht determinieren – sonst wäre nicht mehr von Repräsentation, sondern von direkter Vertretung zu sprechen. Wird also das Moment der Autorisierung des Repräsentierenden durch die Repräsentierten bei Pitkin durchaus großgeschrieben, imaginiert sie die Repräsentierten ihrerseits als potenziell Handelnde, die nicht lediglich als Passiva gelten dürfen, für

Ernst Wolfgang Becker/Frank Bösch (Hrsg.), Partizipation per Post. Bürgerbriefe an Politiker in Diktatur und Demokratie, Stuttgart 2024, S. 187–215. Vgl. dazu auch das einflussreiche Konzept des Sozialwissenschaftlers Albert O. Hirschman: *Albert O. Hirschman, Exit, Voice, and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States*, Cambridge 1970.

19 Vgl. Pitkin, *The Concept of Representation*, S. 142f.

20 Ebd., S. 113–115 und 142f.

die der Repräsentierende die Vormundschaft übernommen hat und um die er sich »kümmert«. Von einer Repräsentationsbeziehung ist mit Pitkin also nur dann zu sprechen, wenn die Repräsentierten jederzeit gegen das, was der Repräsentant in ihrem Namen tut, aufstehen und protestieren können.²¹

Pitkin liefert so eine Art Matrix, um weiterführende Fragen an das Funktionieren und Scheitern historischer und gegenwärtiger Repräsentationsbeziehungen zu stellen. Setzt man performative Repräsentation in Relation zur demokratischen Grundtugend der Partizipation, wenn nicht gar der *Selbstregierung* (*self-government*), dann zeigt sich, dass vor allem die Freiheit und Verantwortlichkeit der Repräsentierenden vonseiten der Repräsentierten (wie auch der noch nicht Repräsentierten, eine Gruppe, die vor der Einführung des allgemeinen Wahlrechts von hoher Relevanz war) infrage gestellt werden konnten. Die historische Parlamentarismusforschung behandelt diese Problematik, indem sie das Verhältnis von Parlament(ariern) und Öffentlichkeit beleuchtet.²² Doch auch Monarchen konnten ab dem Zeitpunkt, da an sie die Aufgabe herangetragen wurde, *auch* das Volk zu repräsentieren, Protagonisten von Repräsentationskrisen werden, ebenso wie Parteiführer:innen oder gleich ganze Parteien als solche.²³

Nicht zuletzt ist der Imperativ der Freiheit des Repräsentierenden in der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts regelmäßig zum Gegenstand von Kritik und auch von äußeren Begrenzungsversuchen geworden.²⁴ Direkte Demokratie und imperatives Mandat gehörten zu Kernforderungen verschiedener Teile der Arbeiterbewegung, und das waren Versuche, Repräsentation und Partizipation enger miteinander zu verzahnen. Noch im Erfurter Programm von 1891 forderte die SPD neben dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für alle weiblichen und männlichen Reichsangehörigen über 20 Jahren auch zweijährige (statt fünfjährige) Wahlperioden, die »direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechts« sowie »Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde« und die »Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben«.²⁵

In der Praxis realisierten sich Alternativen zum parlamentarischen Prinzip allerdings nur ephemere und in erster Linie auf lokaler Ebene, etwa in der Pariser Kommune 1871, in den russischen Revolutionen des frühen 20. Jahrhunderts oder in

21 Ebd., S. 118f. und 155.

22 Vgl. *Andreas Wirsching*, *Parlament und Volkes Stimme. Unterhaus und Öffentlichkeit im England des frühen 19. Jahrhunderts*, Göttingen 1990; *Andreas Biefang*, *Die andere Seite der Macht. Reichstag und Öffentlichkeit im »System Bismarck«, 1871–1890*, Düsseldorf 2009; *Jon Lawrence*, *Electing our Masters. The Hustings in British Politics from Hogarth to Blair*, Oxford/New York 2009; *Claudia C. Gatzka*, *Die Demokratie der Wähler. Stadtgesellschaft und politische Kommunikation in Italien und der Bundesrepublik, 1944–1979*, Düsseldorf 2019.

23 Vgl. den Beitrag von Moritz Sorg in diesem Band.

24 Vgl. *Sheldon Wolin*, *Democracy Incorporated. Managed Democracy and the Specter of Inverted Totalitarianism*, Princeton 2008; *Jacques Rancière*, *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt am Main 2002; *Peter Mair*, *Ruling the Void. The Hollowing of Western Democracy*, London 2013.

25 Sozialdemokratische Partei Deutschlands, *Das Erfurter Programm* (1891). Beschlossen auf dem Parteitag der SPD in Erfurt im Jahre 1891, in: Marxists' Internet Archive, URL: <<https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1891/erfurt.htm>> [10.7.2024].

der deutschen Revolution von 1918/19. Nachdem die historische Forschung in den 1960er- und 1970er-Jahren – einer Hochzeit der Demokratisierungsforderungen – dem Räteprinzip breitere Aufmerksamkeit gewidmet hatte, hat sich die jüngere Demokratiegeschichte stärker der liberalen Demokratie zugewandt. Dabei gerät bisweilen aus dem Blick, dass das Repräsentationsprinzip selbst historisch geworden und dabei auch immer wieder neu politisch *gemacht* worden ist – um Partizipation nicht nur zu ermöglichen, sondern auch einzuhegen. Eine Dezentrierung von *representative government* ist unerlässlich, nicht etwa um romantischen Ideen direkter Demokratie neue historische Narrative zu liefern, sondern vielmehr um nachzuvollziehen, warum das Repräsentationsprinzip sich trotz aller Kritik immer wieder durchsetzte.

II. Zur Historisierung des Repräsentationsprinzips

Seit der Amerikanischen Revolution beansprucht *representative government*, das Volk in einer abstrakten, idealen Form im Parlament – und nur dort – zu vertreten. Alle außerparlamentarischen politischen Repräsentations- und Artikulationsformen des Demos konnten so, zumindest bis in die 1960er-Jahre hinein, als illegitime Äußerungen des »Pöbels« und drohende »Mobherrschaft« diskreditiert werden.²⁶ Die Arbeiterbewegung lavierte vor diesem Hintergrund zunächst zwischen anti- oder zumindest außerparlamentarischer Selbstorganisation und der (Selbst-)Bildung hin zu parlamentarischer Mitwirkung.²⁷ Auch wenn sich der größere Teil der politischen Linken einerseits mit dem Parlamentarismus und dem Repräsentationsprinzip aussöhnte und außerparlamentarische Politik seit den späten 1970er-Jahren andererseits zu einer legitimen Ergänzung institutioneller Politik geworden ist, lassen sich ihre vielfältigen Praktiken und Vergemeinschaftungen bis heute aus der Perspektive institutioneller Politik zu »Protest« herabstufen. Die Figur des »Pöbels« oder das abwertende Konzept der »Masse« mögen zwar aus der Alltagssprache verschwunden und damit ein Stück weit in Vergessenheit geraten sein, sie sind jedoch auch aktuell abrufbar, um die Würde überkommener repräsentativer Institutionen herauszustellen und den liberal-demokratischen Status quo zu verteidigen.²⁸

Das Plädoyer für Repräsentation war nicht immer nur Ausweis realistischer Rücksicht auf die Regierungsfähigkeit großer Staaten. Es gab auch normative Gründe dafür, das Repräsentationsprinzip der direkten Demokratie vorzuziehen.²⁹ Die Verfassungsväter der Vereinigten Staaten feierten *representative government* als

26 Vgl. Manow, (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, S. 46 und 52.

27 Vgl. Thomas Welskopp, Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000, S. 584–592; Theo Jung, Der Feind im eigenen Hause. Antiparlamentarismus im Reichstag 1867–1918, in: Marie-Luise Recker/Andreas Schulz (Hrsg.), Parlamentarismuskritik und Antiparlamentarismus in Europa, Düsseldorf 2018, S. 129–149.

28 Vgl. Oliver Eberl/Dirk Jörke/David Salomon, Die Krise der Demokratie und der »Blick nach unten«, in: Leviathan 50, 2022, H. 1, S. 1–14.

29 Vgl. Philip Dingeldey, Von unmittelbarer Demokratie zur Repräsentation. Eine Ideengeschichte der großen bürgerlichen Revolutionen, Bielefeld 2022.

bessere Alternative zur antiken unmittelbaren Demokratie und formulierten dabei Gründe, die im liberalen Denken bis heute fortwirken und von nahezu allen Parteien übernommen worden sind. Das Kernargument lautet, dass politische Repräsentation sicherstelle, dass nur die besten, die geeignetsten Personen den Staat leiten.³⁰ In die Verfassungsordnungen liberaler Demokratien ist somit ein aristokratisches Denkmuster eingelassen, das freilich funktionalistisch ausbuchstabiert werden konnte und kann. Traditionell erkannte man im Repräsentativsystem ein probates Mittel, den Volkswillen gezähmt oder »geläutert« vorzutragen.³¹ Ein aktuell gängiges Argumentationsmuster lautet, dass nur mehr wenige juristisch oder ökonomisch geschulte Expert:innen imstande seien, Politik in der liberalen Demokratie zu »managen«.³² Die Begrenzung von Partizipation ist also zwar immer auch ein funktionales Erfordernis, doch zugleich ist zu fragen, welche sozialen Gruppen durch das Repräsentationsprinzip besonders in ihrer Teilhabe eingeschränkt werden. Wer wird zur Delegation des eigenen Willens systemisch angehalten, und wer wird autorisiert, politisch für andere zu handeln?

Wer nach der Dreiecksbeziehung zwischen Partizipation, Repräsentation und Demokratie fragt, wird seit der Französischen Revolution bemerkenswerte Volten entdecken. Viele Radikaldemokraten rückten von ihrer Opposition zum Repräsentationsprinzip ab, wenn Machtoptionen zur Verfügung standen. Konkrete Repräsentationskritik musste keine generelle Repräsentationskritik darstellen, so etwa wenn die Performanz der Parlamentarier, nicht aber das Parlament als solches zur Debatte stand, oder wenn, wie in den 1970er-Jahren im Zuge von Fraktionswechseln einzelner Abgeordneter und des dadurch überhaupt denkbar werdenden Misstrauensvotums gegen Willy Brandt, das freie Mandat in Verruf geriet, weil Wählende sich betrogen fühlten.³³ Wiederum haben sich manche Grundfesten des Repräsentationsprinzips im »Parteienstaat« auch verflüchtigt, etwa wenn von einem faktischen Fraktionszwang gesprochen wird oder politische Parteien anderweitig die Repräsentationsbeziehung zwischen Wählenden und Gewählten mediatisierten. Politische Repräsentation selbst ist, sowohl in deskriptiver und symbolischer als auch in performativer Hinsicht, immer wieder Veränderungen unterlegen. Ihr Verhältnis zu Partizipation und Demokratie ist daher nur kontextabhängig zu bestimmen, und bevor hier nicht eine Reihe von Detailstudien vorliegen, sind übergreifende Interpretamente mit Vorsicht zu genießen.

30 Vgl. *Bernard Manin*, Kritik der repräsentativen Demokratie, Berlin 2007; zuletzt dazu *Philip Manow*, Unter Beobachtung. Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde, Berlin 2024.

31 Vgl. *Manow*, (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, S. 46f. und 179f.; *Manin*, Kritik der repräsentativen Demokratie, S. 149.

32 Vgl. *Veith Selk*, Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie, Berlin 2023.

33 Vertiefend dazu *Claudia C. Gatzka*, Politische Repräsentation zwischen Wahlkreis und Bundeshaus. Abgeordnete der SPD und CDU/CSU als Volksvertreter, 1949–1980, in: *Peter Beule* (Hrsg.), Im Zentrum der Demokratie. Zur Geschichte und politischen Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion, Düsseldorf 2024, S. 231–280; *Sabine Manke*, Brandt anfeuern. Das Misstrauensvotum 1972 in Bürgerbriefen an den Bundeskanzler. Ein kulturwissenschaftlicher Beitrag zu modernen Resonanz- und Korrespondenzphänomenen, Marburg 2008.

III. Fragen an das Verhältnis zwischen Partizipation und performativer Repräsentation

Ein Ansatzpunkt wäre zunächst, genauer zu reflektieren, ob Demokratisierungsforderungen oder Protestschübe in der Geschichte stets auf grundsätzliche oder konkrete Repräsentationskritik verwiesen. Alternativ ließe sich annehmen, dass Repräsentationskrisen, wie wir sie mutmaßlich heute erleben, eher gemachte Phänomene im Rahmen parteipolitischer Konflikte darstellen. Künftige Forschungen müssten darangehen, verschiedene Formen der Repräsentationsanfechtung zu identifizieren. Relativ offensichtlich ist in der Geschichte des 19. und vor allem des 20. Jahrhunderts eine episodisch und eruptiv auftretende Repräsentationskritik, die sich aus neuen oder gewandelten Partizipationsansprüchen ergab, die mit den bestehenden Formen der Repräsentation nicht mehr kompatibel schienen.³⁴ Weniger erforscht aber sind Anfechtungen, die auf gewandelte Erwartungen, Erfahrungen und Deutungen von Repräsentation selbst zurückgingen. Zu fragen ist sodann, inwiefern Partizipationsschübe und gesteigerte Teilhabeerwartungen neue Repräsentationsformen und vor allem Repräsentationserwartungen hervorbringen, die Enttäuschungen vorprogrammieren.³⁵

Als Hypothese zum historischen Zusammenhang von Partizipation und Repräsentation ließe sich formulieren: Der Ruf nach einem Mehr an *Partizipation*, der in der Demokratie- und Protestgeschichte so zentral ist, war gleichzeitig eine Kritik am Zustand formalisierter *Repräsentation*. Doch war dem immer so? Gab es nicht auch Formen performativer Repräsentation, die durchaus effektiv eine Partizipationsfiktion etablieren konnten?³⁶ War Repräsentationskritik immer partizipationsinduziert? Gerade mit Blick auf den häufig kritisierten Parlamentarismus erscheinen solche Fragen weiterführend, denn es ist noch genauer zu diskutieren, inwiefern Antiparlamentarismus tatsächlich partizipatorische Absichten verfolgte und wo Parlamentarismuskritik lediglich eine Form von Repräsentationskritik darstellte, die auf eine Reformierung der Institution und ihrer Regeln und Verfahren hinauslief.³⁷ Die Protestforschung hat mannigfaltige Dimensionen des erweiterten Partizipationsanspruchs vor allem seit den 1960er-Jahren herausgearbeitet, sie ist dabei aber in aller Regel über Fragen zeitgenössischer Repräsentationskritik und Repräsentationspolitik hinweggegangen.

Vielleicht war dieser Zusammenhang aber gar nicht so evident, wie es erscheinen mag. Zumindest in der Bundesrepublik deuten die partizipatorischen »Aufbrüche« hin zu einem »Bürgersinn mit Weltgefühl« (Habbo Knoch) auch darauf hin, dass politische Repräsentanten wie Willy Brandt, aber auch viele andere SPD- und auch manche CDU-Abgeordnete partizipatorische Ansprüche und Bewegungen gewissermaßen mit anfeuerten, anstatt sie abzuwehren. Repräsentationsbeziehungen

³⁴ Vgl. Weisbrod, Politik der Repräsentation.

³⁵ Vgl. dazu auch Bernhard Gotto, Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er und 1980er Jahre, Berlin/Boston 2018.

³⁶ Dazu näher Michael Saward, Performative Representation, in: Monica Brito Vieira (Hrsg.), Reclaiming Representation. Contemporary Advances in the Theory of Political Representation, New York/London 2017, S. 75–94.

³⁷ Recker/Schulz, Parlamentarismuskritik und Antiparlamentarismus in Europa.

konnten auch innerhalb der parlamentarischen Demokratie von erweiterten Partizipationsansprüchen profitieren, wenn es gelang, das Repräsentationsverhältnis entsprechend anzupassen und für Impulse vonseiten der Repräsentierten zu öffnen. Umgekehrt können institutionelle Vorkehrungen, Verfahren und Eigenlogiken – etwa die Arbeitsweisen eines Parlaments oder eines Gewerkschaftsvorstands – die Repräsentationsbeziehung aber auch in einer Weise determinieren, dass Distanzen zwischen Repräsentierten und Repräsentierenden vorprogrammiert sind. Solche Distanzen wiederum mussten nicht als problematisch wahrgenommen werden, allerdings stieg die Wahrscheinlichkeit, dass sie es wurden, wenn die »Öffentlichkeit« einer Institution zum Thema wurde.³⁸

Ebenso interessant erscheinen Phänomene unterhalb der institutionellen Ebene. Repräsentationskritik und Repräsentationsdebatten innerhalb von Parteien oder Vereinen, aber auch in Kirchen, in populärkulturellen oder in diplomatischen Zusammenhängen zu untersuchen, ist vielversprechend, um zu einem Verständnis zeitgebundener Konstellationen von Repräsentations- und Repräsentativitätsvorbehalten beizutragen, die wiederum neue Formen der Organisation und damit Repräsentation hervorbringen konnten. Genese und Transformationen politischer Bewegungen, Assoziationen und Parteien schließlich waren seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer wieder von harten inneren Repräsentationskonflikten begleitet, gerade in sozialdemokratischen Organisationen, die sich (allerdings nicht immer erfolgreich) der innerparteilichen Demokratieidee verschrieben.³⁹ Dabei stand weniger die deskriptive Dimension im Fokus (Inhalte und Interessen, für die eine Organisation stand), sondern die performative, etwa wenn Ferdinand Lassalle sich im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) als autoritärer Parteiführer gerierte.⁴⁰ Wie gut sich das innere Spannungsverhältnis der modernen Partei zwischen Partizipationskanal und Disziplinierungsmaschine politisch ausschlichten ließ, zeigte sich dann im frühen 20. Jahrhundert in Robert Michels' einprägsamer Kritik der innersozialdemokratischen Repräsentationsverhältnisse und eines nur am eigenen Machterhalt interessierten Funktionärstypus.⁴¹ Der Blick ins Innere der Parteien ist nicht nur für organisationssoziologische Repräsentations- und Repräsentativitätsfragen lohnend, sondern auch im Hinblick auf Fragen der Kandidat:innenauswahl, bei denen es auch darum ging, wer als fähig betrachtet wurde, mehr als die Partei, nämlich im Zweifel die gesamte Republik zu vertreten. Scheiternde Politiker:innen oder das Phänomen des Rücktritts wären aus repräsentationsgeschichtlicher Sicht lohnenswerte Untersuchungsfelder.⁴²

38 Vgl. Gatzka, Politische Repräsentation zwischen Wahlkreis und Bundeshaus.

39 Vgl. Anne Heyer, *The Making of the Democratic Party in Europe, 1860–1890*, Basingstoke 2022.

40 Vgl. Hans Mommsen, Art. »Lassalle«, in: Claus Dieter Kernig (Hrsg.), *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft*, Bd. 3: Ideologie bis Leistung, Freiburg im Breisgau/Basel etc. 1969, Sp. 1332–1373.

41 Robert Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, Leipzig 1911.

42 Thomas Mergel, Grenzen der Imagepolitik: Eine gescheiterte Kampagne für Rainer Barzel 1972/73, in: Daniela Münkel/Lu Seegers (Hrsg.), *Medien und Imagepolitik im 20. Jahrhundert. Deutschland, Europa, USA*, Frankfurt am Main/New York 2008, S. 47–69; Axel Schildt, Die Demission eines Hamburger Bürgermeisters. Der Rücktritt Paul Nevermanns 1965 als Lehrstück einer Kulturgeschichte des Politischen, in: Dirk Brietzke/Norbert Fischer/Arno Herzig (Hrsg.), *Hamburg*

Die Wechselbeziehung von Partizipation und Repräsentation und ihr Verhältnis zur Demokratie ist also nicht an einen gewissen *scale* historischer Analyse gebunden, sondern kann von der Mitgliederversammlung des dörflichen Fußballvereins bis hin zur UN-Vollversammlung erkenntnisträchtig sein. Doch variieren die Fragen, die sich damit verknüpfen lassen, je nach Ebene. Die Problemhorizonte, die der Kritik an (formalisierter) Repräsentation zugrunde lagen, konnten vor Ort, das heißt unter Anwesenden, ganz andere sein als in den virtualisierten, parasozialen Repräsentationsbeziehungen der parlamentarischen Demokratie, aber auch etwa großer Organisationen und Verbände. Doch was zeichnete Repräsentationskritik oder Repräsentationsakzeptanz über die verschiedenen Ebenen hinweg aus? Lassen sich eventuell dieselben oder ähnliche soziale Gruppen identifizieren, die auf unterschiedlichen Ebenen als treibende Kräfte von Repräsentationskritik hervortraten? War Repräsentationskritik gar zwingend eine Funktion von Klassenpolitik (oder umgekehrt), oder zumindest von sozial motivierter Interessenpolitik, die in der Politik der Repräsentation ein geeignetes Ventil finden konnte?

Solche Fragen lassen sich an viele erforschte Aspekte der Geschichte des Politischen stellen und diese damit neu perspektivieren. Eine andere, nicht minder wichtige Frage ist bislang allerdings seltener eingehend beleuchtet worden: die Frage nach alternativen Formen politischer Repräsentation, die partizipatorische Bewegungen hervorbrachten – denn auch sie konnten nie ganz ohne Repräsentation auskommen. Es ist ein alter Einwand der Vertreter:innen liberaler, auf Wahlen als politischen Mitsprachemodus begrenzter Demokratie, dass partizipatorische oder radikaldemokratische Bewegungen in der Praxis immer soziale Minderheitenpolitik (der Gebildeten oder einer bestimmten Klasse) betrieben. Doch welche sozialen Gruppen durch alternative Repräsentationsvorstellungen oder Formen direkter Demokratie faktisch ausgeschlossen wurden und werden, ist bislang kaum einer näheren (historischen) Analyse unterzogen worden. Aus der aktuellen Historiografie erhellt selbst für die relativ gut erforschte deutsche Rätebewegung oder die Räterepubliken nach 1918 nicht ohne Weiteres, worin genau eigentlich die sozialen Ausschlüsse lagen, die diese antiparlamentarische Form von demokratischer Politik bedingten; überhaupt harrt die Rätebewegung aus repräsentationsgeschichtlicher Sicht noch der genaueren Untersuchung.⁴³ Vor allem auf kommunaler Ebene fungierten Räte als probates Surrogat herkömmlicher parlamentarischer Repräsentation, und zwar durchaus, wie Sebastian Petznicks Beitrag in diesem Band erhellt, nicht immer nur mit sozialrevolutionärer Stoßrichtung.⁴⁴

Ebenso erkenntnisträchtig ist es, die Zusammenhänge genauer zu durchdringen, in denen Repräsentation als akzeptiert galt. Was stabilisierte Repräsentationsbeziehungen und wie passten sie sich an Demokratisierungsprozesse an? Für die Monar-

und sein norddeutsches Umland. Aspekte des Wandels seit der Frühen Neuzeit, Festschrift für Franklin Kopitzsch, Hamburg 2007, S. 390–400.

43 Lediglich in deskriptiver Hinsicht werden sie in jüngster Zeit neu beleuchtet, nämlich im Hinblick auf die Repräsentanz von Frauen, vgl. *Anja Thuns*, Alle Macht den Räten! Keine Macht den Frauen? Zur Geschlechtergeschichte der Rätebewegung 1918/19, in: *Vincent Streichhahn/Frank Jacob* (Hrsg.), *Geschlecht und Klassenkampf. Die »Frauenfrage« aus deutscher und internationaler Perspektive im 19. und 20. Jahrhundert*, Berlin 2020, S. 93–120.

44 Vgl. den Beitrag von Sebastian Petznick in diesem Band..

chien des 19. Jahrhunderts ist diese Frage besser erforscht als für das Zeitalter der Massendemokratie seit 1918, und erst jüngst hat die Politikwissenschaft dem Phänomen gelingender Repräsentationsleistungen durch angepasste Performanzen und Kommunikationsformen stärkere Aufmerksamkeit gewidmet.⁴⁵ Gelingende Repräsentation scheint nicht nur notwendig auf politischer Kommunikation zu beruhen, sondern auch auf einem gewissen Repräsentationsbewusstsein aufseiten der Repräsentierenden wie der Repräsentierten, das wiederum als emergentes Phänomen von Demokratisierungsprozessen untersucht werden kann, aber nicht zwingend vorhanden sein muss. Die Produktion legitimer Repräsentationsbeziehungen scheint im 19. und 20. Jahrhundert eng mit materiellen Interessen der Repräsentierten verbunden gewesen zu sein; in dieser Hinsicht lassen sich Klientelismus und soziale Interessenpolitik als Felder einer Repräsentationsgeschichte begreifen.

Nicht zuletzt wäre auch der Wandel im Alltagsverständnis von Repräsentation zu analysieren, der von der formalen Funktion im Rahmen der repräsentativen Demokratie durch einen Sicker- oder Aneignungseffekt der zunehmenden Partizipationsansprüche sowie seit den 1970er-Jahren ausgehend von den postsozialistischen Theorien der *subaltern studies* zu einem Identitätsbegriff wurde. Letzterer bezog sich gesellschaftskritisch auf ethnisierte Hierarchien in Gesellschaften und stellte die mehrheitsdefinierten Bezüge der ›klassischen‹ Repräsentationsbezüge infrage.

IV. Deskriptive und symbolische Repräsentation in ihrem Verhältnis zu Teilhabechancen

Um zu verstehen, wie Repräsentation in der (demokratischen) Moderne gelingen oder misslingen konnte, erweist sich die Forschung zur Vormoderne als wichtige Hinweisgeberin. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, den engen Repräsentationsbegriff zu überwinden und nach der Vergegenständlichung und Versinnbildlichung politischer Verfassungsordnungen durch Körper, Dinge, Symbole und Gesten gefragt.⁴⁶ Elemente symbolischer Repräsentation waren in der modernen parlamentarischen Demokratie (und erst recht in der Monarchie) nicht dispensiert.⁴⁷ Sie ernst zu nehmen, bedeutet, danach zu fragen, wofür politische Repräsentant:innen über sich und ihre Wählergruppen hinaus standen und stehen, was die Repräsentationsbeziehung legitimieren und stabilisieren kann. Politische Vertreter:innen sollen gerade in demokratischen Zusammenhängen immer auch größere Abstraktionen versinnbildlichen: »das Volk« als solches, wobei noch einmal zwischen Ethnos und Demos zu unterscheiden wäre, den Staat, ihre Partei, ihren Verband oder ihre Gewerkschaft, ihre Stadt, ihre Region oder ihre Landsmannschaft. Nicht zuletzt

45 Julian Müller/Astrid Séville, Ist Dauerreflexion kommunizierbar? Das Habeck-Paradox, in: Merkur, 2022, Nr. 873, S. 82–87; dies., Politische Redeweisen, Tübingen 2024. Vgl. Jan-Peter Voß/Hagen Schölzel (Hrsg.), Die Fabrikation von Demokratie. Baustellen performativer politischer Repräsentation, Wiesbaden 2024.

46 Vgl. Barbara Stollberg-Rilinger, Symbolische Kommunikation in der Vormoderne. Begriffe, Thesen, Forschungsperspektiven, Berlin 2004; dies., Des Kaisers alte Kleider. Verfassungsgeschichte und Symbolsprache des Alten Reiches, München 2008.

47 Vgl. Philip Manow, Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie politischer Repräsentation, Frankfurt/Main 2008; Jan-Henrik Witthaus/Patrick Eser (Hrsg.), Machthaber der Moderne. Zur Repräsentation politischer Herrschaft und Körperlichkeit, Bielefeld 2016.

repräsentieren sie zugleich auch ein Funktionssystem (»die Politik«, »das Recht«, »die Wissenschaft«, »die [Land-]Wirtschaft«). Daneben werden politische Repräsentierende auch als Frauen und Männer, Angehörige einer Glaubensgemeinschaft oder Mitglieder eines Fußballvereins, als Mütter (seltener als Väter, aber durchaus als »Landesväter«), als Frauenhelden oder Kriegsteilnehmer, vor allem aber als Körper wahrgenommen. An dieser Körperlichkeit entzündeten sich nicht selten identitätspolitische Konflikte, die eine bestehende Repräsentationsbeziehung prekär machen konnten. Aus diversen sozialen Rollen formten sich diverse soziale Identitäten, die mit der Repräsentationsrolle verbunden werden oder sie konterkarieren konnten.⁴⁸ Eine Analyse politischer Repräsentation muss an der Pluralität möglicher zugeschriebener Identitätsketten ansetzen, die an einer Person haften.

Insofern ist die Dimension deskriptiver Repräsentation ein durchaus faszinierendes Feld in unserem Zusammenhang, allerdings gerade im Hinblick auf die situativen und wechselnden Zuschreibungen gewisser sozialer Rollen an eine Person und weniger im Hinblick auf mutmaßliche statische und stabile »Identitäten«. Anfechtungen von Repräsentation konnten durchaus mit der deskriptiven Dimension verknüpft werden, etwa indem Repräsentierte mit besonderen sozialen Merkmalen zu gewissen Zeitpunkten zu der Überzeugung gelangen konnten, dass das Fehlen dieser Merkmale bei den Repräsentant:innen die Legitimität der Vertretungsbeziehung infrage stellte.⁴⁹ Das war allerdings kein historisch zwingender Fall.

Demgegenüber scheint ein durchaus häufig zu nennender Faktor für Repräsentationskrisen gerade darin zu liegen, dass politische Repräsentant:innen verschiedenes *zugleich* verkörpern sollen und deshalb »zwischen die Stühle« geraten. Das Spannungsverhältnis zwischen Partizipation und Repräsentation, in das sie eingelassen sind, wird besonders spürbar, wenn sie einerseits Partikulares und andererseits Universelles repräsentieren müssen, oder wenn sie einerseits für eine Institution und ihre Regeln stehen und andererseits als Exponenten einer bestimmten politischen Richtung, Klasse oder eines Stands wahrgenommen werden. Allenfalls für die Monarchien und für die Demokratien der Zwischenkriegszeit sind wir über diese spannungsreichen Bindungen, die sich aus gegenläufigen Repräsentationszuschreibungen ergaben, in Ansätzen informiert, kaum jedoch für die Demokratien der zweiten Nachkriegszeit und auch nur begrenzt in vergleichender Perspektive.⁵⁰ Was sich andeutet, ist, dass die Konstruktion des »modernen« *leaders* wie auch die neuen politischen Selbstbeschreibungen, die durch das Konzept der »Volkspartei« aufkamen, als Versuche zu verstehen sind, mannigfaltige widerstreitende Repräsentationsanforderungen, die auf der politischen Angebotsseite lasten, miteinander zu vereinbaren beziehungsweise Widersprüchen aus dem Weg zu gehen.⁵¹

48 Jeff Coulter, *Human Practices and the Observability of the ›Macro-Social‹*, in: Theodore R. Schatzki/Karin Knorr Cetina/Eike von Savigny (Hrsg.), *The Practice Turn in Contemporary Theory*, London/New York 2001, S. 29–41.

49 Vgl. den Beitrag von Naima Tiné in diesem Band.

50 Thomas Mergel, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2002.

51 Zur Konstruktion solcher »moderner« Images und eindeutiger, auch im Sinne von einander, symbolischer Repräsentationsangebote vgl. Daniela Münkel, *Politiker-Image und Wahlkampf: Das Beispiel Willy Brandt. Vom »deutschen Kennedy« zum »deutschen Helden«*, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.), *Die Politik der Öffentlichkeit – Die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisie-*

Die symbolische Dimension von Repräsentation ist für die historische Forschung meist als Herrschaftsrepräsentation relevant gewesen. Für den Zusammenhang zwischen Partizipation und Repräsentation ist aber ebenso relevant, nach den symbolischen Repräsentationen *der Repräsentierten* zu fragen. Wissens- und medienge-schichtliche Ansätze haben hier bereits eine Reihe von Studien hervorgebracht, die sich der Konstruktion des Durchschnittskonsumenten und seiner Wünsche oder den demoskopischen Produktionen des Wählerwillens gewidmet haben.⁵² Seit den 1930er-Jahren vornehmlich in den USA, in Deutschland seit den 1950er-Jahren, dienten Umfragen, die als eindeutig erscheinende Aussagen der öffentlichen Meinung – dem »heiligen Geist der Politik« (Niklas Luhmann) – wahrgenommen wurden, als Instrumente einer öffentlichen Selbst-Repräsentation der Repräsentierten und auch ihrer Unzufriedenheiten mit den Repräsentierenden. Indem mit diesen Umfragen ein gesellschaftlicher Selbstbeobachtungsmechanismus etabliert worden war, konnten sich alle Individuen im Verhältnis zum Rest der Gesellschaft und eingeteilt in ein Tortendiagramm oder andere Visualisierungen selbst entdecken, zuordnen – oder sich entziehen. Sie konnten sich somit als Teile bestimmter sozialer oder anders strukturierter Zusammenhänge begreifen. Damit wurde auf der einen Seite eine Beteiligungsform suggeriert, in der sich Medien, die Umfragen verbreiteten, als quasineutrale Vierte Gewalt präsentieren konnten: Durch die Publikation der Umfrage und ihre Interpretation gewannen sie eine Deutungshoheit, die mit dem Anspruch einherging, gewissermaßen den Souverän zu (re-)präsentieren. Zugleich wurde die Meinungsforschung zwecks Legitimation zu einer demokratischen Wissenschaft stilisiert, die den Wählerwillen transparent mache. Auf der anderen Seite wurde sie vonseiten der politischen Repräsentant:innen als Mittel des Wissensvorsprungs, der Kontrolle und Beeinflussung wahrgenommen.⁵³

Durch diese Form der medial vermittelten Selbstbeobachtung veränderte sich das Verhältnis zwischen Repräsentierten und Repräsentierenden, das unter dem Vorzeichen der konstatierten Krise der Demokratie behelfsweise als »mediatisierter Distanzierungsprozess« bezeichnet werden könnte. Dessen Analyse wiederum könnte die dynamische Entwicklung des Verhältnisses zwischen Repräsentierten und Repräsentierenden in der komplexen Gemengelage von Wahrnehmungs- und Zuschreibungskonstellationen beleuchten und damit zur Erkenntnis über die Dysfunktionalitäten moderner Demokratien beitragen. Die Politikwissenschaft hat noch dazu im Zuge ihrer Analyse der zunehmenden Medialisierung von Politik die ihr zunehmend innewohnende Inszenatorik und Theatralität entdeckt (und häufig beklagt) und durch diese Beschreibung in gewisser Weise dazu beigetragen, eine Distanz zwischen ihr und den Repräsentierten zu konstituieren.⁵⁴

rung in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2003, S. 55–76; für die lokale Ebene vgl. Gatzka, *Die Demokratie der Wähler*, S. 315–332.

52 Vgl. Sarah E. Igo, *The Averaged American. Surveys, Citizens, and the Making of a Mass Public*, Cambridge/New York etc. 2007; Kerstin Brückweh (Hrsg.), *The Voice of the Citizen Consumer. A History of Market Research, Consumer Movements, and the Political Public Sphere*, Oxford 2011.

53 Vgl. Anja Kruke, *Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990*, Düsseldorf 2007.

54 Seit den späten 1990er-Jahren wurde Politik zunehmend als Teil von Unterhaltung analysiert, unter dem Eindruck der durch Privatisierung vervielfältigten Programmkanäle; »das Internet« war damals Neuland und kein Thema. Vgl. zum Beispiel Thomas Meyer/Martina Kampmann,

V. Die Beiträge des Bandes

Im vorliegenden Band geht es um Vorstellungen von und Konflikte um gelingende Repräsentation. Die Beiträge analysieren Debatten und Praktiken, die um die Ausgestaltung und Legitimierung politischer Repräsentation kreisten, und thematisieren Spannungen, die auftreten konnten, wenn mit guten oder weniger guten Gründen direkte Partizipation beziehungsweise Partizipationsansprüche bestehende Repräsentationsbeziehungen gefährdeten. Repräsentant:innen und Repräsentierte sind dabei in ihrer (massenmedial vermittelten) Interrelation ebenso von Belang wie das Problem des Repräsentierens selbst, als Handlung und als Zustand, in Abhängigkeit von sich wandelnden gesellschaftlichen Kontexten. Dabei geht es uns auch um die Etablierung des klassischen Repräsentationsverständnisses um 1800 und um seine allmähliche Anfechtung.

So beleuchtet Katharina Thielen in ihrem Beitrag über »rheinländische Politiker«, wie sich aus der Erfahrung der postrevolutionären französischen Gesellschaftsordnung heraus bürgerliche Eliten des ab 1815 preußischen Rheinlands gegen die Rückabwicklung ihrer erlebten Macht- und Mitwirkungsoptionen wehrten. Die Wirtschaftsbürger nutzten die Provinzialstän­deversammlung und den Landtag als Orte, an denen sie sich als Repräsentanten der rheinischen Gesellschaft in Szene setzten, um ihre Ansprüche auf Repräsentation und Partizipation sichtbar und geltend zu machen.⁵⁵ An diesem Beispiel des größtmöglichen Kontrasts zwischen der neuen Ordnung der Moderne und der (in diesem Fall preußischen) Monarchie wird deutlich, wie sich im frühen 19. Jahrhundert das klassische Verständnis von Repräsentation als *Partizipation* als hochgradig plausibel erwies.

Demgegenüber macht Moritz Sorg in seinem Beitrag den Wandel der monarchischen Repräsentationsform sichtbar, der sich unter dem wachsenden Druck der Partizipationsansprüche und der damit verbundenen veränderten Repräsentationsanforderungen sowie medialen Darstellungsmöglichkeiten ab Mitte des 19. Jahrhunderts immer schneller vollzog. Die europäischen Monarchien passten sich mehr oder weniger dem schleichend stattfindenden Funktionswandel an, bis sich durch den Bruch des Ersten Weltkriegs neue Praktiken der Repräsentation in Form von Normalisierung und Nationalisierung durchsetzten.⁵⁶ Als Schlüsselbegriff fungiert dabei die »deskriptive Repräsentation«, die Sorg am Beginn des 21. Jahrhunderts für an ein Ende gekommen hält.

Die beiden strukturierenden Elemente des Wandels für die monarchische Repräsentation, die Normalisierung als »Menschen wie du und ich« und die Nationalisierung des Repräsentationsanspruchs, untersucht Sebastian Fahner anhand der

Politik als Theater. Die neue Macht der Darstellungskunst, Berlin 1998; Andreas Dörner, *Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft*, Frankfurt am Main 2001; zuletzt auch Christoph Schönberger, *Auf der Bank. Die Inszenierung der Regierung im Staatstheater des Parlaments*, München 2022. Auch die Geschichtswissenschaft wurde auf das Thema der gegenseitigen Durchdringung von Medien und demokratische Politik aufmerksam. Vgl. Frank Bösch/Norbert Frei (Hrsg.), *Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006.

55 Vgl. den Beitrag von Katharina Thielen in diesem Band.

56 Moritz Sorg schlägt von dort die Brücke zur Repräsentation politischer Akteure des 20. Jahrhunderts, vgl. seinen Beitrag in diesem Band.

Arbeiterbewegung in der Habsburgermonarchie um die Jahrhundertwende. Ihn interessiert, wie sich die deutschsprachige sozialdemokratische Wahlrechtsbewegung durch die Idee des nationalen Staatenbunds als fortschrittliche Demokratisierungsmacht inszenierte, zugleich aber eine auf interne Rekrutierungsmechanismen auswirkende Eigendynamik entstand. So zeigte sich, dass ausgerechnet die Aufstellung von Kandidaten entlang der nationalen Repräsentation die Wahlrechtsbewegung teilte, da nicht deutschsprachige Kandidaten für den Reichsrat der zentralen Inszenierung des Deutschnationalismus zuwiderzulaufen schienen.⁵⁷

Wie volatil die Vorstellungen von Partizipation und Repräsentation aussehen können, zeigt Daniel Schrader anhand seiner Untersuchung russischer Tageszeitungen im Kontext der Wahlen im Jahre 1917 in Russland. Es wird deutlich, wie divers die revolutionären Repräsentationsansprüche der lokalen Gesellschaften waren und wie stark Partizipationspraktiken auseinanderfielen, mithin in den Monaten vor der Oktoberrevolution ein Laboratorium demokratischer Konzepte entstand, in dem es weniger um Polarisierung als um die Verhandlung von Positionen ging.⁵⁸

Diesen öffentlichen Austragungen gegenüber beschreibt Ariane Leendertz in ihrem Beitrag über die Ausgestaltung des Bundesrats, wie sich im Zuge der politischen Auseinandersetzung im Parlamentarischen Rat ein Kompromiss unter den Akteuren anbahnte, der schließlich ein exekutivföderalistisches Modell als zweite Kammer schuf. Seitdem existiert der Bundesrat in einem Widerspruch zwischen dem bundesstaatlichen Prinzip der Bundesrepublik und der mit dem Bundesrat etablierten Kooperation der Exekutiven von Bund und Ländern, die sich parlamentarischer Kontrolle und Mitwirkungsmöglichkeiten weitgehend entzieht.⁵⁹

Während sich diese Kämpfe einerseits um die Ausgestaltung des Verhältnisses von Partizipation und Repräsentation mit Blick auf die Gestaltung des Gemeinwesens (*polity*) beziehen lassen, drehen sie sich andererseits auch immer um die Frage, wer in welchen Bezügen und Gruppen, verstanden als überindividuelle Zusammenhänge, Anerkennung und durch Partizipation zu einer Repräsentation findet. Hierzu widmet Naima Tiné ihre Aufmerksamkeit der »problematischen Figur« (Joan Scott) der Arbeiterin als historischem Subjekt. Sie untersucht die Versuche der sächsischen KPD und des Deutschen Textilarbeiterverbands im Kontext der Hyperinflation 1923, Arbeiterinnen anzusprechen und an sich zu binden. Dass diese nur rudimentären Erfolg zeitigten, erläutert sie anhand des komplexen Zusammenspiels zwischen Ansprache und Eigensinn der Arbeiterinnen, den die politisch-gewerkschaftlichen Akteure nicht wirksam einzubinden vermochten.⁶⁰

Sebastian Petznick wendet sich Arbeitslosen- und Steuerzahlerprotesten in Lille und Bordeaux in den 1930er-Jahren zu und zeigt, wie in den beiden wirtschaftlich sehr unterschiedlich geprägten Städten gleichermaßen aus sozialen Konflikten politische Repräsentationsansprüche entstanden. Er macht deutlich, wie aus sozialen Erfahrungen politische Legitimität abgeleitet und die geregelte Beziehung zwischen

57 Vgl. den Beitrag von Sebastian Fahner in diesem Band.

58 Vgl. den Beitrag von Daniel Schrader in diesem Band.

59 Vgl. den Beitrag von Ariane Leendertz in diesem Band.

60 Vgl. den Beitrag von Naima Tiné in diesem Band.

Partizipation und Repräsentation herausgefordert und durch neue Repräsentationsorgane ergänzt wurde.⁶¹

Die Infragestellung tradierter Repräsentation beschäftigt auch Jan de Graaf, der sich auf die politischen Eliten nach dem Zweiten Weltkrieg in ihrer Beziehung zur repräsentierten Arbeiterschaft bezieht. Anhand lokaler Beispiele zeigt er, dass die Annahme, dass zu dieser Zeit der Repräsentationsanspruch der politischen und gewerkschaftlichen Akteure im Sinne einer politischen Identifikation der Arbeiterschaft mit ihren politischen Repräsentanten erfüllt worden sei, so nicht stimmt, sodass der »Nachkriegskonsensus« – zugespitzt – eine politische Fiktion gewesen sei.⁶²

Die meisten Beiträge fokussieren die Zeit nach 1945. Caner Tekin untersucht, wie in Hessen seit den 1970er-Jahren sogenannte Ausländerbeiräte als neue Repräsentationsorgane in der Kommunalpolitik etabliert wurden, um das beklagte Defizit der aus der politischen Repräsentation ausgeschlossenen migrantischen Communities zu beheben. Dabei legt er neben den selbstorganisierten Aktivitäten ein besonderes Augenmerk auf die Rolle der Gewerkschaften und der SPD.⁶³

Dass die Rolle des Wählers als eines besonderen Partizipationsträgers in Demokratien immer wieder Thema der Reflexion ganz unterschiedlicher Institutionen wird, zeigt der Beitrag von Harm Kaal und Solange Ploeg, die sich Zuschauerfernsehsendungen in den Niederlanden in den 1960er-Jahren zuwenden. Dass das Fernsehen dabei zu einer Art Klassenraum eines Parallelparlaments wurde, lag auch an den normativen Modellvorstellungen, die auf die Sendungen übertragen wurden. Zugleich wird deutlich, dass die formatbedingte Auswahl an Personen dazu führte, dass die Teilnehmer:innen zu Repräsentierenden spezifischer Wähler:innentypen wurden. Damit verschmolzen die Rollen im TV in einer frühen Form des erst viel später sogenannten Edutainment. Mit solchen Mischformaten von Unterhaltung mit Aspekten politischer Bildung antizipierten und formten die TV-Sender zugleich die Vorstellungen dieser Typen von Repräsentierenden und Repräsentierten sowie der partizipatorischen Praxis.⁶⁴

Demgegenüber untersucht Pasi Ihalainen mit einem quantitativen Ansatz die Sprachpraxis in europäischen Parlamenten in Bezug auf ihre Selbstreflexion. Während im Deutschen Bundestag »Demokratie« zunächst vornehmlich in Bezug auf Repräsentation als zentralen Containerbegriff zur Sprache kam – wie auch der Terminus »repräsentative Demokratie« ohnehin eine Erfindung der Nachkriegszeit darstellte –, wandelte sich durch den zunehmenden Bezug auf den Partizipationsbegriff, der in seiner emphatischen Verbindung mit »Zivilgesellschaft« seit der Jahrtausendwende zum Synonym für »Demokratie« aufstieg und sich mit dem Begriff der direkten Demokratie verband, das Bild.⁶⁵

Im letzten Beitrag des Rahmenthemas geht es um den Stadt-Land-Gegensatz in der Demokratisierungswelle der frühen 1990er-Jahre in Osteuropa am Beispiel von Belarus. Anton Liavitski untersucht dabei die Diskussion um Partizipation und

61 Vgl. den Beitrag von Sebastian Petznick in diesem Band.

62 Vgl. den Beitrag von Jan de Graaf in diesem Band..

63 Vgl. den Beitrag von Caner Tekin in diesem Band.

64 Vgl. den Beitrag von Harm Kaal und Solange Ploeg in diesem Band.

65 Vgl. den Beitrag von Pasi Ihalainen in diesem Band.

Repräsentation, die sich als Krisendiskurs manifestierte und schließlich zur Zustimmung zu populistischen und autoritären Angeboten führte, da die im städtischen Kontext von Minsk entwickelten politischen Pluralismen erfolgreich als defizitäre Repräsentation des Landes gebrandmarkt werden konnten.⁶⁶ Damit liefert der Beitrag ein Beispiel für die in sich widersprüchlichen Logiken der Diskussion um Repräsentation und Partizipation, in denen ein spezifisches Verhältnis zwischen den beiden politischen Phänomenen angenommen und auch eingefordert wird. Diese Form der (Selbst-)Reflexion ist Teil der politischen Auseinandersetzung und kaum als objektiv zu betrachten.

Repräsentation, so Philip Manow mit Blick auf die aktuelle Lage der liberalen Demokratie, »scheint von der Lösung eines demokratischen Problems zu einem Problem der Demokratie geworden zu sein«.⁶⁷ Und auch kulturtheoretisch informierte Beobachter:innen meinen, dass Repräsentation als kulturelle Praxis heute als überholt gilt: Im Digitalkapitalismus hat die Figur des Mittlers an Prestige eingebüßt und ist einem Ideal der Unmittelbarkeit (*immediacy*) und der Selbst-Präsentation gewichen.⁶⁸ Diese Zentrierung auf das Ich und dessen Singularität bedingt die politische Renaissance der Identitätspolitik, des Zusammenfallens von repräsentierender und repräsentierter Einheit, mit: Nur ich allein kann demnach für mich selbst sprechen, und tendenziell beanspruche ich umgekehrt auch nicht mehr, andere zu repräsentieren. Blogger:innen und Influencer:innen beziehen ihren kulturellen Einfluss dann auch gerade nicht aus einer beanspruchten Repräsentant:innenrolle, sondern inszenieren und präsentieren nur sich selbst. Das Verschwinden von Galionsfiguren ist aller medialen Logik zum Trotz, die nach wie vor auf Personalisierung angewiesen ist, ein Signum der Gegenwart. Identitätspolitische Kampagnen ziehen andere als Beispiele des eigenen (schwierigen) Schicksals heran, doch sie versammeln sich nicht mehr, wie noch in den 1960er-Jahren etwa in den USA, hinter populären *spokespersons*.

Auch die populistischen Bewegungen haben sich als Träger (und Produzenten) einer allgemeinen kulturellen Krise von Repräsentation erwiesen. Doch zugleich bleibt festzuhalten, dass das Prinzip der Vertretung heute in allen denkbaren Konstellationen von Gesellschaft, von der Familie über die Zivilgesellschaft bis hin zu staatlichen und politischen Institutionen, nach wie vor vital ist. Auch die rechtspopulistischen und nationalistischen Kräfte müssen sich über kurz oder lang dem Problem des Verhältnisses von Partizipation und Repräsentation stellen. Auch sie bringen Vertreterfiguren und Repräsentationen des »Volkes« hervor, die im demokratischen Zeitalter latent fragil sind. Ihr Aufstieg verweist nicht nur auf die Repräsentationskrise, sondern stellt deren zugrunde liegende Annahmen auch zugleich infrage. Denn ihre Galionsfiguren entstammen ja oft ebenso, wenn nicht besonders

66 Vgl. den Beitrag von Anton Liavitski in diesem Band.

67 Manow, (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, S. 57.

68 Anna Kornbluh, *Immediacy: or, The Style of Too Late Capitalism*, London/New York 2023. Für Hinweise aus diesem Feld danken wir Julika Griem.

deutlich, den ökonomischen Eliten – womit ihre Wählerschaft offenbar wenig Probleme zu haben scheint.

Einfache Antworten lassen sich also nicht erwarten, wenn nach der Dreiecksbeziehung von Partizipation, Repräsentation und Demokratie gefragt wird. Festzuhalten bleibt: Demokratische Partizipation grundsätzlich an parlamentarische Repräsentation zu binden, erweist sich in historischer Perspektive als eine politische Haltung, zugleich aber kamen auch repräsentationskritische Alternativen nie ohne Repräsentation aus. Von besonderem Interesse erscheint für künftige Forschungen, auszuloten, unter welchen Bedingungen Repräsentation selbst als eine Form der indirekten Partizipation gelten und anerkannt werden konnte – welche Mechanismen, Handlungen und Deutungen also dem Repräsentationsprinzip als »heiliger Kuh« liberaler Demokratie zugrunde liegen, jenseits des Postulats und der Fiktion, die Vertretenen sichtbar zu machen und für sie zu sprechen.